

1. Runde: Antworten auf 3 Fragen

1. Wie wollen Sie die direkte Demokratie in Graz stärken?
2. Werden Sie sich für die Einrichtung eines Bürgeranwalts in Graz einsetzen?
3. Gemeinderatssitzungen: Was halten Sie von Liveübertragung und Bürgerfragestunde?

Gerhard Rüschi (ÖVP):

- 1) intensive Gespräche mit dem Land, dass Stadt von sich aus Volksbefragungen durchführen kann; Bürger sollen sich an Stadt wenden können; derzeit in Salzburg ab gewisser Anzahl an Stimmen möglich, die etwa der Stimmenanzahl eines Gemeinderates entspricht, das soll ins Regierungsprogramm aufgenommen werden. BB auch bei Themen und Vorhaben der BürgerInnen (nicht nur bei Initiativen der Stadt), soll in neues Regierungsprogramm aufgenommen werden, generell höchste Priorität
- 2) Bürgeranwalt: Skepsis aufgrund der Gesetzeslage, Gemeinden sind keine gesetzgebenden Körperschaften, ÖVP wird das unterstützen, wenn ins Regierungsprogramm aufgenommen wird, dass Stadt gesetzgebende Körperschaft wird.
- 3) Liveübertragungen bzw. Bürgerfragestunden können durchgeführt werden, wenn es klare Regelungen gibt

Manfred Eber (KPÖ):

- 1) Mehr Befragungen in der Stadt! Verwunderung über ÖVP wegen Ablehnung der Volksbefragung zum Murkraftwerk Tritt für mehr direkt demokratische Prozesse ein.
- 2) Bürgeranwalt: Gefahr eines Alibi-Projekts (unklare Grenzen); Kompetenzbestimmung erforderlich!
- 3) Klares JA, könnte zur Selbstdisziplinierung des GR führen! Bei einer Bürger-Fragestunde muss die Gestaltung definiert werden.

Michael Ehmann (SPÖ):

- 1) nicht fremd für SPÖ, verweist auf Programm von 2009 („Demokratie wagen“), Stärkung der „Bezirksdemokratie“ ist ein Anliegen – ein Antrag aus 2009 wurde vom GR abgelehnt.
- 2) Bürgeranwalt ist skeptisch zu sehen (Gesetzeslage). Darf nicht zu einer Ablöse des Rechtsstaates führen
- 3) Selbstverständlich (s. NR)! / Liveübertragung sollte selbstverständlich sein; Bürgerstunde – warum nicht?

Matthias Eder (FPÖ):

- 1) GR kann keine Gesetze erlassen, VRG soll niederschwelliger werden (von 10 000 auf 7 000 Unterschriften, Online-Befr.). Direkt demokratische Entscheidungen dürfen nicht gegen Artikel 1 des Staatsvertrages gehen.
- 2) Bürgeranwalt: legislativer Rahmen steht dagegen Es dürfen keine falschen Erwartungen daran geknüpft werden.
- 3) Live-Übertragung / Fragestunde im GR wegen Datenschutz nicht möglich, Verweis auf Verwaltungsreform, gesetzlicher Schutz nötig.

50. Forum von MZfG, 25.1.2017

Bürgerbeteiligung in Graz - quo vadis ?

Tina Wirnsberger (GRÜNE):

- 1) gute Mischung repräsentative / direkte Dem. sinnvoll, LL noch zu bürokratisch, sollen überarbeitet werden, ZfG – Projekt beispielhaft, aber Wiederholung alle 8 – 10 Jahre! Befragung nach VRG zwingend!
- 2) Bürgeranwalt: es gibt bereits die Volksanwaltschaft, auch ein BI – Fonds der GRÜNEN (für Streitfälle) Keine Doppelgleisigkeit zu Volksanwalt.
- 3) Live-Übertragung / Fragestunde im GR: Livestream JA, bisher nicht durchgesetzt, noch kein Konzept für eine Bürgerfragestunde.

Philip Pacanda (PIRATEN):

- 1) VRG – Novellierung hängt trotz GR-Beschlüssen seit Jahren (Land/Stadt), gewünscht Bürgerbudget/Bürgerhaushalt, Petitionsrecht im GR längst beschlossen und nicht realisiert
- 2) Bürgeranwalt: muss man sich sehr genau gemeinsam ansehen vor Verankerung
- 3) Live-Übertragung / Fragestunde im GR: Livestream wichtig für Transparenz, bereits 2013 beschlossen und nicht umgesetzt. Piraten senden Life-Ticker aus dem Gemeinderat.

Gerhard Mariacher (WIR):

- 1) „Demokratie zurückholen“!, Volksbefragung Murkraftwerk muss kommen, Eingriffsrechte der Bevölkerung in das Budget notwendig. Stärkung direkter Demokratie z.B. Nettoneuverschuldungen mit Bürgern abstimmen
- 2) Bürgeranwalt: soll kommen. Kompetenzen des Anwalts abklären und definieren.
- 3) Live-Übertragung / Fragestunde im GR: beides JA

Lukas Lerchner (NEOS):

- 1) „Salzburger Modell könnte sofort umgesetzt werden“
- 2) Bürgeranwalt: Konzept fraglich
- 3) Live-Übertragung / Fragestunde im GR: für Livestream fehlt nur der Wille - Begründung für ein Nein ist die mangelnde Disziplin im GR. Bürgerfragestunde ja

Tatjana Petrovic:

- 1) Beteiligungsmöglichkeiten müssen auch Entscheidungen beinhalten! Einbeziehung in Form von Information, Konsultation, Einbeziehen, Ermächtigen.
- 2) Bürgeranwalt: Kompetenzen sind unklar - Verbindlichkeiten klären
- 3) Live-Übertragung / Fragestunde im GR: eigentlich selbstverständlich!

Rainer Maichin (EINSPARKRAFTWERK):

- 1) Einsparkraftwerk ist Ergebnis von Direkter Demokratie.
- 2) Bürgeranwalt sollte Polizisten-Funktion haben, unabhängig und ev. Jurist sein. Interessante Option –zu überlegen; Beratung des Bürgers zur effizienten Tätigkeit.
- 3) Live-Übertragung / Fragestunde im GR: sollte kein Problem sein / in OÖ bereits realisiert